



Bermatingen kommunal

Mitteilungen des Ortsvereins der SPD

für die Ortsteile Bermatingen und Ahausen

Nr. 44

September 2002

Noch eine Woche bis zur Bundestagswahl ...

In gut einer Woche ist Bundestagswahl. Mit Wahlwerbungen, Funkspots und Fernsehduellen wurden Sie die letzten Tage und Wochen überflutet. Nun liegt es an Ihnen, zu entscheiden, welche Partei Ihrer Meinung nach für Deutschland die beste Regierung stellen kann.

Wir sehen Deutschland nach 16 Jahren Kohlregierung als ein stark heruntergekommenes Haus, das derzeit gerade renoviert wird. Sollte es am 22. September zu einem Regierungswechsel kommen, so schicken Sie die Handwerker nach Hause. Sicher mußten alle in den letzten 4 Jahren ihren Tribut zollen, doch der eingeschlagene Sparkurs ist richtig, sozial gerecht und wichtig für die weitere Entwicklung in unserem Land. Über die positive Regierungsbilanz können Sie sich am Samstag den 14. September an unserem SPD-Stand vor dem Rathaus in Bermatingen informieren. Dazu laden wir Sie recht herzlich ein. Außerdem erwarten wir den Bundestagsabgeordneten Rudolf Bindig (11:45 - 13:00).

Zudem verweisen wir auch auf die regionale Presse, in der Veranstaltungen mit Politikern angekündigt werden.

Trotz allen Aktionen für die Bundestagswahl wie Wahlprospektverteilung, Plakatierungen und nicht zuletzt zwei Ausgaben des Bermatinger Kommunal wollen wir nunmehr auch verstärkt kommunale Themen angehen. Dabei versuchen wir auch entsprechend dem Erscheinungsdatum des Kommunal's zeitnahe Themen auszuwählen. Wie in der Presse bereits nachzulesen war, werden wir uns auf ca. 2-3 Ausgaben pro Jahr beschränken, da die Erstellung einen erheblichen Zeiteinsatz und ebenso eine Belastung der Ortsvereinkasse bedeutet. Ich hoffe, daß wir Ihnen diesmal wieder ein interessantes und diskussionsanregendes „Bermatingen Kommunal“ zusammengestellt haben.

Wer mitarbeiten möchte, darf sich gerne beim SPD-Ortsverein melden.

Herzlichst Ihr

Solidarität mit den Flutopfern – aber wie?

Die Verschiebung der Steuerreform ist für diejenigen schmerzlich, die sich bei einer Absenkung der Einkommensteuer mehr Geld im Geldbeutel versprochen. Aber der Milliardenbedarf für die Flutkatastrophenfolgen will finanziert sein. Die Verschiebung der Steuerreform um ein Jahr bietet aber eine gesicherte Chance als Konjunkturspritze. Diese Gelder werden auf jeden Fall ausgegeben und versickern nicht im Prinzip Hoffnung auf Konjunkturförderung. Die beste Wirtschaftsförderung ist der Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur in den Überschwemmungsgebieten und Förderungsmaßnahmen zur Linderung der Not.



Heidi Kabel unterstützt Bundeskanzler Gerhard Schröder.

Stoiber der Stopper - aber wo?

Der Kanzlerkandidat der Union hat sich gegen eine Argrarwende ausgesprochen. Ein Atomkraftwerk ist ihm auch lieber als ein Umweltkonzept. Für die Klimareform hat die Union im Team nur Inkompetenz zu bieten. Deshalb ist Stoiber bei der Problemlösung von Folgen der Flutkatastrophe aus dem Tritt geraten. Die Union hat kein wirtschaftspolitisches Konzept zu bieten. Sie will bei der Verschiebung der Steuerreform zustimmen. Sollte Stoiber gewinnen, will er die Verschiebung der Steuerreform nach der Wahl rückgängig machen. Sollte er als Kandidat seine Bewerbung an die falsche Adresse gerichtet haben? Vielleicht ist er sich unsicher, ob der 1. FC oder 1860 einen Stopper benötigen.

Geht wählen!

Dem Bundestagspräsidenten, Wolfgang Thierse, ist nur zuzustimmen: „Wem keine Partei gut genug ist, und wer deshalb nicht wählt, verzichtet darauf, derjenigen zu Einfluß zu verhelfen, die seiner eigenen Haltung vielleicht noch am nächsten kommt“. Diese Mahnung müssen wir ernst nehmen. Chancengleichheit zählt. **Deshalb wählt!**

Mit Bio-Kraftstoff in die Zukunft!

Etwas zu leise ist am 07.06.02 ein neues Gesetz in Kraft getreten. Die Befreiung aller Bio-Kraftstoffe von jeglicher Energiesteuer. Dies haben SPD und Grüne durchgesetzt. Somit können bald Bio-Kraftstoffe günstiger angeboten werden als fossile. Hier liegen neue Gewinnchancen für die Landwirtschaft. Die künftige Perspektive: „Der Landwirt als Energiewirt“. Diese Politik läutet eine neue Ära für Landwirtschaft, Automobil-Industrie, Wirtschaftsstabilität und der internationalen Friedenssicherung ein. Eine mögliche Ölun-abhängigkeit kommt auch der Umwelt zugute. Es gibt viele gute Gründe diese Politik zu unterstützen. Nicht nur der Atomausstieg ist geschafft, Armut, Klima-wechsel, Terrorismus, Wirtschaftskrisen - in der globalisierten Welt hängt alles mit allem zusammen. Diesen Problemen liegt die Frage der Gerechtigkeit zugrunde. Dafür stand und steht die SPD.



Argumente in Zahlen

Arbeitslose: 4,3 Millionen gab es im Jahresdurchschnitt 1998, 3,9 Millionen im Jahresdurchschnitt 2001 – ein Minus von 10 Prozent.

Langzeitarbeitslose: 1,6 Millionen gab es im Jahresdurchschnitt 1998, 1,3 Millionen im Jahresdurchschnitt 2001 – ein Minus von 15,7 Prozent.

Ältere Arbeitslose: 950 000 gab es im Jahresdurchschnitt 1998, 714 000 im Jahresdurchschnitt 2001, ein Minus von 24,6 Prozent.

Ausbildungsstellen: 1998 fehlten 12 271, 2001 gab es einen Ausbildungsplatzüberschuss von 4073 (bundesweiter Saldo von Bewerbern und Ausbildungsplätzen).

Eingangsteuersatz der Einkommenssteuer: Er sank von 25,9 Prozent 1998 auf 19,9 Prozent 2002 (2005 sind es 15 Prozent).

Spitzensteuersatz der Einkommenssteuer: Er sank von 53 Prozent 1998 auf 48,5 Prozent 2002 (2005 sind es 42 Prozent).

Kindergeld: Es stieg von 112 Euro 1998 auf 154 Euro 2002.

Aufwendungen für Familien: Sie stiegen von 40,2 Milliarden 1998 auf 59,2 Milliarden 2002.

Ausgaben für Bildung und Forschung: Der Etat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung stieg von 7,27 Milliarden 1998 auf 8,39 in 2002.

KOMMUNAL

Was gibt's neues zur Umgehungsstraße – offiziell nichts !

Wann wird die Gemeindeverwaltung endlich die bekannten Informationen von der Planungsbehörde veröffentlichen, damit sich jeder Bürger schon vor der Bürgerinformation im DGH über die Sachlage informieren kann? Die/der Bürger/innen müssen im Vorfeld schon die Möglichkeit haben, sich sachkundig zu machen, ohne von irgendwelchen Initiativen einseitig beeinflusst zu werden. Aufforderung an die Gemeindeverwaltung: „Veröffentlicht den neusten Stand der Trassenführung und die Ergebnisse von der Umweltverträglichkeitsprüfung.“

Für ein zukunftstaugliches Deutschland, für die Regierung Schröder / Fischer!

In der Erfolgsgesellschaft zählt nur der rasch sichtbare Erfolg, ganz gleich wie und auf wessen Kosten er errungen wurde. Zumal dann, wenn Kinder und Enkel die Zeche zu bezahlen haben. Ein Kanzler wird dann nicht mehr danach beurteilt, was er getan und was er versäumt hat, sondern wie lange er sich halten konnte. Erfolg macht Spaß, Spaß bringt Erfolg. In der Erfolgs- und Spaßgesellschaft bekommt der Populismus eine Chance. Wer Spaß macht und verspricht, sticht den aus, der, zumal in der Regierung, wenig spaßige Entscheidungen zu treffen hat. Auch Tabubruch macht Spaß und verspricht Erfolg. Er kann aber auch ins Abseits, ins Unheil führen. Dann hört der Spaß auf. Bei alledem bleibt auf der Strecke, was nötig wäre: Unser Land sustainable, zukunftstauglich, fit fürs 21. Jahrhundert zu machen. In der Ära Kohl war dies kein Thema. Alles, was Wähler hätte verschrecken können, wurde weggedrückt. Erst die Regierung Schröder/Fischer hat sich bemüht, dieses Land zukunftstauglich zu machen, auch wenn dies oft unpopulär sein musste. Das ging vom Sparhaushalt bis zur Ökosteuer, von der Neuregelung der Staatsbürgerschaft bis zur Förderung erneuerbarer Energien, von der Rentenreform bis zum Zuwanderungsgesetz, vom erhöhten Kindergeld bis zur Steuerreform, vom Atomausstieg bis zur Wende in der Agrarpolitik und zum Bundesnaturschutzgesetz, nicht zu vergessen, zur Entschuldung der ärmsten Länder der Welt. Als erste Regierung seit 1949 hat die Regierung Schröder/Fischer einen Gesetzentwurf zum bundesweiten Plebiszit vorgelegt. Es könnte unsere Demokratie zukunftstauglich machen. Natürlich hat die Regierung nicht allen alles recht gemacht. Auch uns nicht. Und manches ist misslungen, anderes noch nicht angepackt. Aber ein Anfang ist gemacht. Die Opposition, unterstützt von Kampfblättern verschiedenen Kalibers, hat auf die Stimmungen und Verstimmungen des Augenblicks gesetzt. Was sie jetzt zu bieten hat, ist danach: Was sie kann, will sie zurückdrehen, vom Atomausstieg bis zur Ökosteuer. Natürlich will sie wieder jemanden ins Agrarministerium setzen, der dem Bauernverband genehm ist.

Und sie will die Steuern, vor allem oben, so senken, dass entweder zentrale Staatsaufgaben darunter leiden oder die Schulden steigen müssen. Dafür will sie die Militärausgaben erhöhen, ja die Bundeswehr wieder vergrößern. Sollte am 22. September gefälliger Populismus triumphieren über verantwortliche und verantwortbare Politik, so dürfte in Deutschland auf lange Zeit niemand mehr eine Politik der Zukunftstauglichkeit wagen. Alles, was auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung vom 24. August bis 4. September verhandelt und beschlossen wird, trafe dann bei uns auf eine Regierung, die jede Vorsorge für die Zukunft als Dirigismus abtut. *Daher treten wir ein für ein zukunftstaugliches Deutschland, für die Regierung Schröder / Fischer, für Rot - Grün*

Moderne Familienpolitik gegen alte Zöpfe und die arme Frau Reiche

Lange Zeit hatte die SPD das wichtige Feld der Familienpolitik der Union überlassen. Das hat sich in den letzten Jahren grundlegend geändert, und das ist gut so. Die Konservativen klammerten sich mit aller Macht an Idealvorstellungen des familialen Zusammenlebens, die allenfalls in den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts gegeben waren. Die Feier der „heiligen Familie“, bei der sich auch ein gewisser Herr Stoiber im Bayernkurier immer wieder hervortat, leugnete die Tatsache, dass es in der Realität zu einer Vielfalt von Formen des Zusammenlebens gekommen war. Das konservative Beharren auf „Werten“ ignorierte die veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, innerhalb derer die Berufstätigkeit der Frauen und Mütter nicht als bloßes Hinzuverdienen, sondern als wichtiges Feld der individuellen Selbstverwirklichung aufgefasst wurde. Die rhetorische Überhöhung der Sonntagsfamilie übertünchte auch das teilweise erschreckende Ausmaß der Gewalt gegen Frauen und Kinder in dieser „heilen Welt“. Hierzu hat die Familienministerin Bergmann nicht alleine auf der rechtlichen Ebene mit dem Gesetz zur gewaltfreien Erziehung (2000), sondern auch in einer Reihe von Modellprojekten und vor allem der Kampagne "Mehr Respekt vor Kindern" deutliche Zeichen gesetzt, die zwischenzeitlich durch Begleitforschungen dokumentierte ermutigende Resultate vorweisen kann. In den Sozialwissenschaften gilt es übrigens zwischenzeitlich als Konsens, dass nicht die äußere Form einer Familie für die Erbringung ihrer Leistungen entscheidend ist. Vielmehr sind zwei andere Faktoren ausschlaggebend: Innerhalb der privaten Lebensformen ist es erstens die Qualität des Miteinanders, die gegenseitige Kommunikation und die wechselseitige Förderung und Unterstützung. Außerhalb der Familie zählen zu den wichtigen Rahmenbedingungen zweitens die sozialpolitischen Transfers und immer wichtiger werdend die konkreten infrastrukturellen Rahmenbedingungen vor Ort. Hier sind an erster Stelle die Kinderbetreuungseinrichtungen zu nennen, von denen es immer noch viel zu wenige gibt und die neben einer reinen Betreuungsfunktion in Zukunft einen klaren Bildungsauftrag übernehmen sollen.

Schließlich ist auf eine weitere Randbedingung des "Familienglücks" zu verweisen, die uns in den nächsten Jahren noch beschäftigen wird: Gemeint ist die Flexibilisierung und Entgrenzung der Arbeit. Es ist noch nicht endgültig abzusehen, welche Konsequenzen die neuen Trends in der Arbeitswelt – Zeitarbeit, rotierende Schichtsysteme, Job on demand, die Anforderung an qualifizierte Angestellte, auch in der Freizeit Vorleistungen für die Arbeit zu erbringen – auf die Familie aussenden werden. Erste Ergebnisse deuten darauf hin, dass es zumindest zwiespältige Erfahrungen und Reibungsverluste in der Familienorganisation gibt, wenn Wechselschichten gefahren werden, Väter nur am Wochenende daheim sein können, die Akten und die Laptops das Wohnzimmer auch am Samstag und Sonntag daheim bevölkern... Hier müssen sich sorgfältige Beobachtung und intelligente Politikstrategien zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf ergänzen. Leitlinien einer modernen Familienpolitik in einer dynamischen Gesellschaft sind also erstens die Gewährung einer möglichst großen Wahlfreiheit und zweitens die Anerkennung der in den Familien millionenfach erbrachten Leistungen. Und beide Leitlinien sind bei den Sozialdemokraten besser angedacht und in den letzten vier Jahren verwirklicht als bei allen anderen Parteien. Ganz zu schweigen davon, dass Stoibers Frau für Familien- und Frauenfragen, die Diplomchemikerin Katherina Reiche zwar international anerkannte Fachfrau für Genpolitik ist, aber sogar laut F.A.Z. am Sonntag vom 11. August 2002 (!) eine Fehlbesetzung für das so wichtige Familien- und Jugendressort. Sie betet nämlich ganz einfach die Vorzüge des "Familiengelds" nach, ohne einen eigenen frauenfreundlichen Standpunkt zur Familienförderung zu vertreten.

Shell-Studie untermauert Pisa!

In der 14. Shell-Jugendstudie steht's klipp und klar! Die soziale Herkunft entscheidet über den Bildungsgang, Abschluß und schulischen Mißerfolg. Deshalb ist ein zentrales Anliegen von Sozialdemokraten, die Bildungs- und damit Lebenschancen der Kinder zu fördern. 4 Milliarden sollten für Ganztagschulen ausgegeben werden und soziale Barrieren abbauen. Kompetenzstreitigkeiten der Länder helfen nicht weiter. Die Eliteförderung der Union auch nicht. Im übrigen: In Bayern schaffen weniger als 20% der Schüler eines Jahrgangs das Abitur, in Nordrhein Westfalen z.B. mehr als 40%. Das SPD-Ziel ist mehr gut ausgebildete Leute, nicht weniger. Nur so decken wir den Fachkräftebedarf der Zukunft.

Übrigens

Es ist schön, dass die Sporthalle so intensiv genutzt wird. Weniger schön ist es, dass einige Bermatinger „Sportler“ immer wieder die Schillerstraße regelrecht zuparken, obwohl neben den Tennisplätzen hervorragende Parkmöglichkeiten gegeben sind. Erstaunlicherweise nutzen auswärtige Sportler diese Parkmöglichkeit!

Kommunale Schlaglichter

Die Kleinen

Allenthalben wird über die Notwendigkeit einer adäquaten Kinderbetreuung diskutiert, die nicht nur den Kindern pädagogisch qualifizierte Angebote macht, sondern die es auch den Eltern ermöglicht, Familien- und Erwerbstätigkeit sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Wie sieht es damit hier vor Ort aus? Einerseits gut, denn es gibt eine verlässliche Abdeckung der Betreuungszeiten am Vormittag. Andererseits ist die Lage sicher noch optimierbar, denn insbesondere Müttern mit anderen, wechselnden Arbeitszeiten wäre mit einer etwas größeren Flexibilität und einer Ausdehnung der Zeitfenster verlässlicher Betreuung sicherlich gedient. Ein Erfahrungsaustausch mit anderen Gemeinden im Kreis wäre hierfür sicherlich ein wichtiger erster Schritt.

Die nicht mehr so Kleinen

oder der fehlende Raum als wohlfeile Entschuldigung für Untätigkeit und Aussitzen

Kann man von einer relativ guten Lage bei den Kindern sprechen, so sieht die Lage bei den Kids zwischen 12 und 16 hier nicht so rosig aus. Die unendliche Geschichte der Jugendarbeit in Bermatingen stagniert derzeit. Mehrmals schon wurde der Bedarf für eine offene Jugendarbeit angemahnt und auch mit einer Befragung deutlich untermauert. Die in den Haushalt eingestellten Mittel für eine Teilzeitkraft werden trotzdem nicht abgerufen. Immer wieder ist zu hören, man müsse zuerst einen Raum haben, dann könne man mit der konzeptionellen Arbeit beginnen. Dieses Argument ist fadenscheinig. Für gelegentliche Treffs und Aktionstage stehen sehr wohl geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung. Hofft man im Rathaus, dass sich durch dieses Verschleppen die Thematik selbst erledigt? Dann liegt man falsch, denn die große Bedeutung der Jugendarbeit jenseits der Vereine wird in jüngster Zeit immer wieder von maßgeblichen Wissenschaftlern als nicht ersetzbarer Erfahrung hervorgehoben. Und man sollte sich vor Augen halten, dass eine Gemeinde wie Bermatingen in Zukunft von der Kreativität und dem "Eigensinn" der Jugendlichen, den sie in einem offenen Jugendtreff pflegen können, nur profitieren kann. Daher sollte schleunigst etwas getan werden, wenn man dem Mißtrauen Jugendlicher gegenüber der offiziellen Politik, wie er in der jüngsten Shell-Studie dokumentiert ist, nicht auch noch auf kommunaler Ebene weiter Nahrung geben will.

Was passiert am Weiher?

Wer kennt ihn nicht unseren idyllischen Weiher am Ende der gleichnamigen Straße?

Im Sommer von Libellen umschwärmt und im Winter eine beliebte Eisfläche für jung und alt.

Eigentlich könnte alles so bleiben mit diesem Naturkleinod, um das uns übrigens viele Fremde beneiden, und die dieses auch schon oft zum Ausdruck gebracht haben. Nun hört man aber, daß die Idylle zeitweise doch nicht ganz ungestört ist. Man erfährt von lautstarken nächtlichen Parties, von Schwarzangelei und illegaler Müllentsorgung. Ohne diese Vorkommnisse überbewerten zu wollen wäre es nach unserer Meinung ideal, wenn sich aus der Nachbarschaft jemand kümmern würde und eine gewisse Aufsicht übernehme. Uns wurde signalisiert, daß wohl Interesse für eine solche ehrenamtliche Aufgabe besteht. Wir würden eine solche Regelung begrüßen in der sich dann Ehrenamt und Bürgersinn verbinden ließen. Das ist keine Selbstverständlichkeit heutzutage!

Farbe gespart?

Nun ist er fertig der neue Belag auf der Autenweilerstraße / Heidbühlstraße. Schön eben und griffig und damit nicht mehr so gefährlich bei Nässe wie bisher. Nachdem jetzt die Markierungskolonnen am Werke war, bleiben aber doch noch einige Fragen. Neben der eher spaßig gemeinten Überschrift, bezogen auf die wohl etwas dürftige Qualität der Markierungen (s. Foto), fiel uns noch Folgendes auf:

- Der Status der Straße ist nicht klar ersichtlich. Ist es nun eine Ausfall-Straße ähnlich der nach Ahausen oder nicht? Das würde nämlich bedeuten, daß das Parken nicht erlaubt wäre im Bereich des durchgezogenen weißen Streifens!
- Was bedeuten die weißen Kantensteine? Gelten diese als weiße Streifen? Nach Auskunft von Anwohnern wurde von der Polizei fürs Parken in diesem Bereich schon .kassiert.
- Wir vermissen den Mittelstreifen wie er war.
- Das Parken auf dem Gehsteig nimmt in letzter Zeit deutlich zu, besonders im Bereich des neuen KFZ Betriebes.
- In der Jägerstraße wurden von der Markierungskolonnen wunderbar große „30“ Zahlen auf die Straße gemalt, die man nun kaum mehr übersehen kann. Warum hat man die Kolonnen nicht eine Straßenecke weiter geschickt, um das Gleiche z.B. auf der Weiherstraße, zu tun? Bei der verbreiteten „Fehlsichtigkeit“ mancher Autofahrer leider eine Notwendigkeit.

Wir finden, daß es an der Zeit ist, zu diesen Themen seitens der Verwaltung einmal Stellung zu beziehen. Vielleicht mit einer Darstellung im Gemeindeblatt?

Termine des Ortsvereines:

- 14.09. Informationsstand vor dem Rathaus
- 17.10. Mitgliederversammlung
- 11.11. Mitgliederversammlung

Impressum:

Beiträge lieferten: M.Buchwalsky, H.Czaika, P.Dick, H.Grau
A.Kemmer, A.Lange, J.Pagel

Für den Inhalt verantwortlich:

SPD Ortsverein Bermatingen – Ahausen
Oberer Höhenweg 10
88697 Bermatingen

Telefon: 07544/71573
Telefax: 07544/71573
Email: andreas.kemmer@spd-bodenseekreis.de
www.spd-bodenseekreis.de

Bankverbindung:
Sparkasse Salem
BLZ: 69051725
Konto: 2006625

SPD